



Doris Achelwilm
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Doris Achelwilm zur Rangliste der Pressefreiheit 2021: "Bundesregierung muss Thema Pressefreiheit endlich ernst nehmen"

Berlin, 20.04.2021

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 1.850
Telefon: +49 30 227-732 47
Telefax: +49 30 227-702 46
doris.achelwilm@bundestag.de

Doris Achelwilm, MdB

Doventorstraße 2-4
28195 Bremen
Telefon: +49 421-165 39 74
Telefax: +49 421-178 39 40
doris.achelwilm.wk@bundestag.de

Sprecherin der Fraktion DIE LINKE
für Gleichstellungs-, Queer- und
Medienpolitik

Mitglied im Ausschuss für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

stellvertretendes Mitglied im
Ausschuss für Kultur und Medien

Zur heute von Reporter ohne Grenzen (RSF) veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit 2021 erklärt Doris Achelwilm, medienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

"Es ist alarmierend, dass Reporter ohne Grenzen die Lage der Pressefreiheit hierzulande nicht mehr als 'gut', sondern nur noch als 'zufriedenstellend' bewerten kann, Deutschland rutscht im Ranking der Pressefreiheit zwei Plätze ab. Die Übergriffe auf Journalist*innen haben sich im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt. Vor allem auf Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen werden sie beschimpft und tätlich angegriffen. Solche Szenen dürfen nicht noch weiter zur neuen Normalität werden, sondern gehören beendet – etwa durch Einrichtung von Schutzzonen für die Presse und entsprechende Schulungen der Polizei.

Wir brauchen eine Bundesregierung, die nicht länger wegschaut, sondern regelmäßig über den Stand der Pressefreiheit in Deutschland berichtet. Was wir nicht brauchen: Eine Union, die die Umsetzung eines Whistleblowerschutzgesetzes blockiert, das den investigativen Journalismus stärkt. Das aktuell vorliegende BND-Gesetz gefährdet sogar noch die Vertraulichkeit investigativer Recherche durch geheimdienstliche Befugnisse. Unpassend ist auch das Vorhaben der Bundesregierung zur Presseförderung: 220 Mio. Euro sollen vor allem an große Zeitungsverlage ausgeschüttet werden. Die Medienkonzentration wird weiter zu- und die Medienvielfalt abnehmen. Das sind schlechte Entwicklungen für die Pressefreiheit in Deutschland. Pressefreiheit ist nicht selbstverständlich und muss – auch in Deutschland – geschützt und verteidigt werden. Gerade in einer Krise, wie wir sie derzeit erleben, benötigen wir Journalist*innen, die vor Ort sind, genau hinschauen, frei berichten und Kritik üben können."